

# AUNS Klartext

**«DER 1. AUGUST DARF NICHT  
FÜR PERSÖNLICHE ANLIEGEN  
UND EGO-PFLEGE BENUTZT  
WERDEN.»**

PROF. DR. SUZETTE SANDOZ



PUBLIKUMSORGAN  
DER AKTION FÜR  
EINE UNABHÄNGIGE UND  
NEUTRALE SCHWEIZ

JULI 2007

**118.** AUSGABE

ÜBER 46 000 MITGLIEDER UND SYMPATHISANTEN

## LESERBRIEFE

### EU-FLOSSELN

Interessant, wie sich Gelehrte unserer Zeit auslassen über ihre Meinungen zur Beziehung Schweiz–EU. Kein einziger dieser Herren hat wohl im Alltag jahrelang mit Ländern der EU Geschäfte gemacht und sich damit für die schweizerische Industrie ins Zeug gelegt. Da tragen theoretische Floskeln wie von Roger de Weck vorge-tragen nicht zu einer alltagstauglichen Meinungsbildung bei.

Alex Silberschmidt, Uster ZH

### BUNDESGERICHT CONTRA DEMOKRATIE

Das Bundesgerichtsurteil zum Steuerstreit im Kanton Obwalden (NZZ, 2./3. Juni 2007) hat gezeigt, dass die direkte Demokratie in der Schweiz langsam aber sicher abgeschafft wird. Es ist zur Regel geworden, dass das Bundesgericht bei jedem Volksentscheid darüber befindet, ob er gültig oder ungültig sei. Es verstösst gegen unsere traditionelle Vorstellung von Demokratie, wenn ein allgemeiner Verfassungsartikel wie das Prinzip der «Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit» (Artikel 127 BV) angerufen werden kann, um ein vom Volk in einem Kanton angenommenes Gesetz für ungültig zu erklären, bei dem es um ein paar Steuerprozent geht.

Bernhard Piller, Männedorf ZH

### SCHAMLOSE AUSNÜTZUNG

Was mich an der ganzen Auseinandersetzung um den Obwaldner Steuerstreit am meisten ärgert, ist der Umstand, dass ein in der Waadt wohnhafter Schweizer Bürger für sehr kurze Zeit sein Domizil in den Kanton Obwalden verlegt mit dem einzigen Zweck, von dort aus eine Klage beim Bundesgericht einzureichen. Ich erachte dies als eine schamlose Ausnützung unserer Bürgerrechte.

Fritz Ochsner, Pfyn TG

### «STEUERSTREIT»: ES GIBT DEFINITIV NICHTS ZU VERHANDELN

Nachdem die EU den so genannten «Steuerstreit» kürzlich von der juristischen Ebene auf die politische Ebene des Ministerrates verlagert hat und definitiv Verhandlungen erzwingen will, darf der Bundesrat dem Druck aus Brüssel keinesfalls und unter keinem Titel nachgeben. Wir akzeptieren keinerlei Einschränkungen der schweizerischen Steuersouveränität.

Die so genannt kreativen Lösungen, die gewisse Kreise in unserem Land fordern, sind ein Kniefall gegenüber den Brüsseler Steuervögten. Der Bundesrat muss der Europäischen Union ohne Wenn und Aber klar machen, dass unser Land auch in Steuerfragen souverän ist und dass darüber definitiv nicht verhandelt wird. Ebenso muss er gegenüber Brüssel klar machen, dass er die Steuerhoheit der Kantone schützt.

Leider hat die Landesregierung ihre klare Position mit der Bereitschaft zum Dialog bereits aufgeweicht. Der Bundesrat hätte sagen müssen: Wir führen ein Gespräch mit der EU-Kommission, um darzulegen, warum wir von unserer Position kein Jota abweichen. Im Weiteren muss der Bundesrat eine überzeugende Abwehrstrategie gegenüber den arroganten Druckversuchen der EU entwickeln: Er muss Gegenmassnahmen im Detail prüfen und vorbereiten, insbesondere den Stopp weiterer Zahlungen aus der Zinsbesteuerung, keine Verhandlungen über Kohäsionszahlungen an Rumänien und Bulgarien sowie Einschränkungen beim Transit-Schwerverkehr.

Elvira Hengeveld, Zizers,

AUNS-Stützpunktverantwortliche Graubünden

### RELIGIONSFREIHEIT NUR WECHSELSEITIG MÖGLICH

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, hat das Problem der Moscheebauten in Europa mit den folgenden Worten auf den Punkt gebracht: «Wenn heute in europäischen Ländern repräsentative Moscheen gebaut werden können, dann möchte ich in Saudiarabien Gottesdienst halten dürfen, ohne verhaftet zu werden. Wirkliche Religionsfreiheit kann nur wechselseitig praktiziert werden.»

Renate Brandes, Wettingen AG

### VEREHRTER HERR BOTSCHAFTER

Ich bin ein betagter, heimattreuer Schweizer, strafenfrei, erfüllte Wehrdienstpflicht im Offiziersrang. Ich kann nicht anerkennen, dass wir Eidgenossen ausserhalb unserer Verfassung noch fremde politische Organisationen über uns dulden sollten. Wir sind ausschliesslich dem schweizerischen Staat und seinen Gesetzen verpflichtet und keiner fremden Macht oder ihren Absichten. Somit hat keine EU-Kommission aus Brüssel irgendwelche Kompetenz in der Schweiz. Es ist meine Pflicht, mit allen erlaubten Mitteln dagegen anzutreten, dass bei uns in egal welcher politischen Art versucht wird, zu intervenieren.

Eduard Baumgartner, Stettlen BE

---

**BEITRITTSUNTERLAGEN,  
AKTUELLES UND TERMINE  
FINDEN SIE AUF  
WWW.AUNS.CH**

---

ZUM 1. AUGUST 2007

## «WER DIE VOLKSRECHTE BESCHNEIDEN WILL, MISSBRAUCHT DEN RÜTLI-GEIST»

von Prof. Dr. Christoph Mörgeli, Nationalrat



Liebe Mitbürgerinnen und  
Mitbürger!  
Liebe Miteidgenossen!

Jahr für Jahr feiern wir am  
1. August den Geburtstag unserer  
Schweiz. Warum feiern wir einen  
Geburtstag, sei es den unseres  
Landes oder den eines Mitmen-  
schen? Wir feiern aus Dankbar-

keit, dass wir es wieder um ein Jahr weitergebracht  
haben, dass jemand ein Jahr älter geworden, ein Jahr  
mehr Erfahrung gesammelt hat. Ein Geburtstag ist kein  
Verdienst, wir können nichts dafür, ein Jahr älter zu  
sein. Und doch freuen wir uns und sind dankbar.  
Keinem anständigen Menschen käme es in den Sinn,  
dem Geburtstagskind alle Fehler und Sünden aufzu-  
zählen. Warum aber meinen so viele Erstaugust-Redner  
und Erstaugust-Schreiber, mit der Schweiz am Tag ihres  
Geburtstags möglichst gründlich abrechnen zu müssen?

Wir feiern den 1. August wegen des Bundesbriefes  
der Talschaften von Uri, Schwyz und Nidwalden, wo im  
letzten Satz steht: «Geschehen im Jahre des Herrn  
1291 zu Anfang des Monats August.» Dieser Bundes-  
brief ist kein Mythos, sondern eine gesiegelte Perga-  
menturkunde, von uns allen zu besichtigen im Bundes-  
briefarchiv in Schwyz. Eine einzige Seite, bestehend aus  
nur ein paar Sätzen, umfasst dieser Bundesbrief. Auf  
einer einzigen Seite haben schlichte Innerschweizer  
Landleute das niedergelegt, was ihrer Ansicht nach  
wegen der «Arglist der Zeit» nötig war. Aus einem ge-  
meinsamen Schwur und aus dieser einen Seite Proto-  
koll erwuchs die Idee der Eidgenossenschaft. Über  
700 Jahre hat diese eine Seite ihre Gültigkeit behalten.  
Warum? Weil die geistigen Väter des Bundesbriefes mit  
beiden Beinen im wirklichen Leben standen, weil sie  
spürten, was wesentlich war, was Substanz besass, was  
– wie sie ausdrücklich forderten – den Wert hatte,  
ewig zu bestehen.

Der Bundesbrief wendet sich gegen alles, was die  
kleine Gemeinschaft von aussen und von oben be-  
drohte. Die Gründungsurkunde unseres Landes be-  
steht hauptsächlich aus Absage, Misstrauen und Vernei-  
nung. Der Beginn der Eidgenossenschaft ist ein schrof-  
fes Nein gegenüber dem europäisch-habsburgischen  
Macht- und Verwaltungsanspruch. In jener Nacht 1291  
auf der kleinen Rodung unter den mächtigen Bergwän-  
den heisst es nur Nein. Doch wir spüren, dass es zu-  
gleich ein Ja war: Ein Ja zum natürlich Gewordenen, na-  
türlich Gebildeten, zum organisch zustande Gekomme-  
nen. Wer heute auf dem Rütli nach fremden Richtern  
und Vögten ruft, die Erlösung durch die Integration  
predigt und die Volksrechte beschneiden will, miss-  
braucht den Rütli-Geist. Seien wir darum auch künftig  
wachsam, dass die Idee der Eidgenossen nicht verraten  
wird!



RÜTLISCHWUR

### BUNDESFEIER-ANSPRACHEN

**Nationalrat Pirmin Schwander**

Mittwoch, 1. August 2007, ab 11.00 Uhr Festbetrieb, 16.30 Uhr Ansprache, Mehrzweckgebäude, 8857 Vorderthal SZ

**Nationalrat Hans Fehr**

Mittwoch, 1. August 2007, ab 20.00 Uhr, Schützenhaus Mettlen, 8425 Oberembrach ZH

**Nationalrat Christoph Mörgeli**

Mittwoch, 1. August 2007, ab 20.00 Uhr, beim Marktwalder Schürli, 8474 Dinhard ZH

**Nationalrat Oskar Freysinger**

Mittwoch, 1. August 2007, ab 20.00 Uhr, Mayens de la Dzour, 1965 Savièse VS

**Kantonsrat Lukas Reimann**

Mittwoch, 1. August 2007, ab 20.00 Uhr, Wiesen, 9607 Mosnang SG

# AUNS Klartext

Nr. 118 Juli 2007

**AUNS  
ASIN  
ASNI**

PUBLIKUMSORGAN  
DER AKTION FÜR  
EINE UNABHÄNGIGE UND  
NEUTRALE SCHWEIZ

## INHALT

LESERBRIEFE	2
ZUM 1. AUGUST 2007	3
AGENDA	3
SPALTE DES PRÄSIDENTEN	4
WETTBEWERB	4
FREIHEIT, UNABHÄNGIGKEIT	5
NEUTRALITÄT	6
SCHWEIZER ARMEE / SICHERHEITSPOLITIK	6/7
EU-FOKUS	7
STANDORT CH	8
SCHEIBENWISCHER	8

### Titelseite:

Rütliwiese

Zitat von Prof. Dr. Suzette Sandoz aus NZZ am Sonntag,  
10. Juni 2007

Adresse: AUNS, Redaktion, Thunstrasse 113,  
Postfach 669, 3000 Bern 31, Telefon 031 356 27 27,  
Fax 031 356 27 28, redaktion@auns.ch,  
Postkonto: 30-10011-5

**Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) ist die grösste überparteiliche Volksbewegung für Freiheit, Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit.**

### Die Ziele der AUNS (Art. 2 der Statuten):

- Überwachung der Aussenpolitik des Bundes sowie Orientierung der Mitglieder und des Volkes über die Probleme und die Problematik der schweizerischen Aussenpolitik;
- Einsatz zur Wahrung der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Sicherheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft;
- Verhinderung von Aktivismus bei der Aussenpolitik und von unnötigen internationalen Engagements.

Die Statuten der AUNS sind auf [www.auns.ch](http://www.auns.ch) abrufbar.

## SPALTE DES PRÄSIDENTEN



### VOLKSRECHTE IN GEFAHR

Kaum hat das Stimmvolk ein klares Bekenntnis zur Verwehrungsinitiative abgegeben, wird sie von Intellektuellen als nicht umsetzbar qualifiziert, und viele Politiker folgen ihnen unkritisch. Die Volksinitiative «Volksouveränität statt Behördenpropaganda» erfährt ein anderes, aber nicht minderes Schicksal. Die Frist für die Abstimmung dieser Vorlage wurde einfach um ein Jahr hinausgeschoben. Auch über die Einbürgerungsinitiative wird erst nach den Nationalratswahlen 2007 abgestimmt. Wird in der Abstimmungsvorlage noch hoch und heilig versprochen, die Kohäsionsmilliarde werde kompensiert und alles sei budgetneutral, kann sich nach der Abstimmung eine Mehrheit des Parlamentes an diese lästige (!) Zusicherung nicht mehr erinnern. Und wie hiess es beim Schengener Abkommen? Die Umsetzung kostete nur ein paar wenige Millionen. In der Zwischenzeit sind es ein paar Dutzend Millionen und die effektiven Kosten kennt wahrscheinlich noch niemand. Übrigens effektive Kosten: Das Volk hat auch über die NEAT-Kosten abgestimmt. Aber auch hier nimmt eine Mehrheit des Parlamentes die laufenden Kostenüberschreitungen nur achselzuckend entgegen.

Wohin gelangen wir, wenn Volksentscheide nicht mehr umgesetzt werden? Haben dann nur noch ein paar Aristokraten das Sagen? Wird es besser, wenn diese die Steuertarife festlegen, die Lohnpolitik bestimmen, das Eigentum zuteilen, darüber richten, was gerecht und ungerecht ist? – Nein. Den Volksrechten und Volksentscheiden muss wieder mit aller Macht zum Durchbruch verholfen werden. Unser Einsatz lohnt sich. Denn unsere direktdemokratische und staatsmissvertrauende Kultur hat zu unserem Wohlstand massgebend beigetragen.

Nationalrat Dr. Pirmin Schwander

### NATIONALRATSWAHLEN VOM 21. OKTOBER 2007

#### MELDEN SIE SICH, WENN SIE ALS AUNS-MITGLIED NEU FÜR DEN NATIONALRAT KANDIDIEREN!

- Bisherige empfehlen wir anhand eines Ratings über AUNS-relevante Abstimmungen.
- Neue Kandidatinnen und Kandidaten, die AUNS-Mitglied sind, empfehlen wir zur Wahl.

**Melden Sie sich bis zum 15. August 2007  
bei der AUNS-Geschäftsstelle:**

Telefon 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28,  
E-Mail: [wahlen@auns.ch](mailto:wahlen@auns.ch)

## TITEL-WETTBEWERB

**Vielen Dank für die über 400 Einsendungen.  
Wir haben den Titel «AUNS Klartext» von  
Werner Pflanzler-Hässig, Zürich, ausgewählt.  
Herzliche Gratulation!**

## FREIHEIT, UNABHÄNGIGKEIT

## DIE EU UND UNSERE DIREKTE DEMOKRATIE SIND WESENSFREMD

Nationalrat Luzi Stamm, Vizepräsident der AUNS und Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates

**D**irekte Demokratie nach Schweizer Muster und EU-Beitritt schliessen sich gegenseitig aus. Für die EU, die für ihre Mitglieder Vorschriften erlässt, ist unsere direkte Demokratie wie eine Faust aufs Auge. Die EU wird niemals tolerieren können, dass irgendwo 100 000 Bürgerinnen und Bürger Unterschriften sammeln und via Volksabstimmung eine andere Lösung durchsetzen können.

Ein einfaches Beispiel: Im Moment eines Beitritts der Schweiz zur EU würde unsere Mehrwertsteuer auf 15 Prozent hinaufspringen (heute 7,6 Prozent). Wir könnten zwar 100 000, 500 000 oder sogar eine Million Unterschriften sammeln, aber wir könnten die

Mehrwertsteuer nicht einmal mehr auf 14 Prozent hinunterdrücken.

Nur wenn wir selbständig bleiben, können wir weiterhin Gesetze erlassen, wie sie uns passen. Dabei ist eine Gefahr im Auge zu behalten. Die Juristen, die eine Gleichschaltung und ein Grosseuropa vom Atlantik bis zum Ural im Auge haben, wollen uns weismachen, es gäbe übergeordnetes europäisches Recht, das unsere direkte Demokratie aushebelt. Beispiele sind das Theater um die «Verwahrungsinitiative» und zunehmend die Rechtsprechung unseres eigenen Bundesgerichts (z.B. betr. Einbürgerungen). Diese Entwicklung muss energisch bekämpft werden.

## PERSONENFREIZÜGIGKEIT HEISST PREISGABE VON SOUVERÄNITÄT

**M**it der unkontrollierten Zuwanderung zum schweizerischen Arbeitsmarkt mit seinen attraktiven Sozialleistungen seit dem 1. Juni 2007, (und insbesondere ab dem 30.4.2011 für die EU-Oststaaten), geben wir unsere Souveränität in einem zentralen Bereich aus der Hand.

Die Schweiz braucht eine intelligente Zuwanderungs- und Arbeitsmarktpolitik mit Kontingenten, über die sie souverän befinden kann.

Die AUNS verlangt vom Bundesrat, dass er den Entscheid über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit ab 2009 dem **obligatorischen Referendum** unterstellt. Eine derart wichtige Weichenstellung für unser Land muss durch **Volk und Stände** entschieden werden, wie dies seinerzeit beim EWR der Fall war.

Gewisse Manager und Politiker sowie staatlich bezahlte Schönredner loben die angeblichen Segnungen der Personenfreizügigkeit in den Himmel.

Schon heute findet eine starke Zuwanderung, vor allem aus Deutschland, zu schweizerischen Hochschulen und Spitälern, aber auch in den Bau- und Gewerbebereich statt – mit entsprechendem Lohndruck. Und immer mehr Schweizer bleiben auf der Strecke.

*Höhere Mieten wegen Personenfreizügigkeit*

Seit dem 1. Juni 2007 dürfen sich EU-Bürger unbeschränkt in der Schweiz niederlassen. Das sorgt für Knappheit auf dem Wohnungsmarkt. «Wir stellen in letzter Zeit eine regelrechte Invasion aus dem EU-Gebiet fest», sagt Kurt Hegi vom Zürcher Mata-Wohnungsdienst. Und Walter Angst vom Zürcher Mieterverband stellt fest: «In der Stadt Zürich steigen die Mieten rasant.»  
[«heute», 8. Juni 2007]

## «PATRIOTISCHE PFLICHT», DER EU BEIZUTRETEN?

**D**er EU-Anschluss-begeisterte Roger de Weck hat am 16. Mai 2007 im Tagesanzeiger die Schweizer beschworen, es sei für unser Land patriotische Pflicht, der EU beizutreten. Roger Köppel, Chefredaktor der Weltwoche, hat im TA vom 25.5.2007 eine treffende Replik verfasst, aus der wir einige Kernsätze zitieren:

*Die Schweiz ist kein Auslaufmodell. Unser Land gründet auf den Werten der Freiheit, der Eigenverantwortung und der Unabhängigkeit.*

*Die Volkssouveränität hat einen vergleichsweise schlanken öffentlichen Sektor, niedrige Steuern und einen wettbewerbsfähigen Unternehmensstandort hervorgebracht.*

*Wach geblieben ist ein Sinn für die grundlegenden Realitäten des Lebens, die de Weck als «Milchbuechli-Mentalität» belächelt. **Tatsächlich ist es so, dass die***

**meisten Schweizer – im Unterschied zur schwerreichen Aristokratenfamilie de Weck – gezwungen sind, sich einer sparsamen Haushaltführung zu unterwerfen.**

*De Weck liegt falsch, wenn er die EU-Skepsis als Ausfluss von Europafeindlichkeit abtut.*

*Die EU weist schwerwiegende Konstruktionsfehler auf: Faktisch lanciert die EU-Kommission die Gesetze. Ob sie angenommen werden, bestimmt der Ministerrat. Der Ministerrat besteht aus Ministern der EU-Länder. Die Legislative setzt sich somit aus Exekutivpolitikern zusammen, was ein Rückfall hinter Montesquieus Lehre der Gewaltenteilung bedeutet. Resultat ist eine undemokratische Zentralisierung der Macht. Nicht die Schweiz, sondern die EU sollte ihren institutionellen Aufbau überdenken.*

## NEUTRALITÄT

## «WELTPOLITIK STATT NEUTRALITÄT»

**B**undespräsidentin Calmy-Rey will um jeden Preis «Weltpolitik» machen. Die schweizerische Neutralität ist ihr dabei ausserordentlich lästig. Weil sie aber gemerkt hat, dass die schweizerische Neutralität tief im Volk verankert ist, bekennt sie sich formell dazu nach dem Motto: Die «Eierschale» soll zur Tarnung stehen bleiben, das «Ei» (die Substanz) wird jedoch mehr und mehr ausgehöhlt.

## PLATTFORM FÜR HOLOCAUST-LEUGNER?

Kürzlich ist eine vertrauliche Aktennotiz vom 22.12.2006 aus dem Departement Calmy-Rey bekannt geworden mit dem Wortlaut: «*Departementschefin schlägt vor, dass ein Seminar zur unterschiedlichen Perzeption (Wahrnehmung) des Holocausts an einem der Genfer Zentren organisiert werden könnte.*»

Die Nationalräte Hans Fehr und Christoph Mörgeli haben die Departementschefin in der Fragestunde vom 18. Juni 2007 gefragt: Was verspricht sich die Bundespräsidentin von ihrem ungeheuerlichen Angebot an iranische Regierungsmitglieder, in der Schweiz ein solches «Seminar» zu organisieren? Soll die Geschichte neu geschrieben werden – unter gütiger Mithilfe der neutralen Schweiz?

Die hilflose «Antwort» der Bundespräsidentin: Das Seminar hätte der iranischen Regierung verständlich machen wollen, warum die internationale Gemeinschaft keine unterschiedliche Wahrnehmung des Holocaust akzeptiere.

Offenbar viel wichtiger ist für Frau Calmy-Rey jedoch, das Leck zu finden, durch das die Aktennotiz nach aussen gelangt ist. Sie hat in der Verwaltung eine Administrativuntersuchung wegen Amtsgeheimnisverletzung eingeleitet...

## PROPAGANDABROSCHÜRE «DIALOG»

Mit der neuesten Broschüre «Dialog» des Departementes für Auswärtige Angelegenheiten (EDA), das in einer «ersten Auflage» von 50 000 Stück gedruckt wurde, geht es offensichtlich darum, mit einseitigen Darstellungen und «Umfrage-Ergebnissen» unsere Neutralität aufzuweichen und den EU-Beitritt als «logische» Option zu propagieren.

Auf eine Frage von Hans Fehr behauptet Frau Calmy-Rey, es gehe darum, den aussenpolitischen «Dialog» mit der Bevölkerung zu verbessern.

Pikant: 20 000 Exemplare wurden bereits an Schulen verteilt. Von «Propagandaaktion» will Frau Calmy-Rey natürlich nichts wissen. Das EDA erfülle lediglich seine Informationspflicht...



Die schweizerische Neutralität garantiert wirtschaftlich den globalen Freihandel. (Photo: Das unter Schweizer Flagge fahrende Containerschiff Maersk Jaun fährt in den südkoreanischen Hafen Busan ein). **Bestellen Sie bei der AUNS-Geschäftsstelle die neue Broschüre «Das Wesen der schweizerischen Neutralität» von Prof. Dr. Christoph Mörgeli.**

## SCHWEIZER ARMEE / SICHERHEITSPOLITIK

## «ANFANG VOM ENDE DER MILIZARMEE UND DER BEWAFFNETEN NEUTRALITÄT?»

**I**n der Junisession hat auch der Nationalrat den fatalen «Entwicklungsschritt 08/11» sowie die Verdoppelung der Durchdiener und der militärischen Auslandseinsätze gutgeheissen. Zudem will der Bundesrat (!) den Armeeangehörigen die Taschenmunition wegnehmen und sie damit zu militärischen Eunuchen degradieren.

Die VBS-Funktionäre, unterstützt von den linken Armeeabschaffern und von einer Mehrheit der so ge-

nannt bürgerlichen Parlamentarier, haben damit einen fatalen Schritt zur Berufs- und zur Auslandseinsatzarmee eingeleitet. Die AUNS verurteilt diese Fehlentwicklung. Sie appelliert an den neuen Armeechef, alles in seiner Macht Stehende zu tun, damit diese und weitere Fehlentwicklungen gestoppt und verhindert werden und die Armee XXI in die richtigen Bahnen gelenkt wird.



Kernauftrag: Die Schweizer Armee verteidigt das Land und seine Bevölkerung.

Die Schweizer Armee hat nur dann eine Berechtigung, wenn sie ihren Kernauftrag gemäss Artikel 58 der Bundesverfassung («Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung») erfüllen kann. Unsere Armee wird nur dann von der Mehrheit der Bürger getragen werden, wenn sie im Rahmen der immerwährenden, bewaffneten Neutralität als **Miliz-, Verteidigungs- und Schutzarmee im eigenen Land** für das eigene Land für die Sicherheit unseres Landes sorgen kann.

Die unverantwortliche Reduktion der Kampfelemente auf einen «Aufwuchskern», die Forcierung der neutralitätswidrigen Auslandseinsätze und der Durchdringer sowie der Drang des VBS und der links-bürgerlichen Allianz zur Profiarmerie und zur NATO- und EU-Kooperation laufen dem Verfassungsauftrag diametral zuwider.

#### «Afghanistan braucht keine Schweizer Offiziere»

«Wir brauchen keine militärische Hilfe von der Schweiz. Aber sie soll ihr humanitäres Engagement weiterführen.» (Burhanuddin Rabbani, ehemaliger Präsident Afghanistans, NLZ, 13.6.2007)

#### SCHWEIZER SOLDATEN SOLLEN TEILENTWAFNET WERDEN

Eine Mehrheit des Ständerates hat am 20. Juni 2007 beschlossen, die Taschenmunition den Schweizer Armeemangehörigen nicht mehr abzugeben. Der Bundesrat unterstützte die Absicht des Ständerates, obwohl er im vergangenen September noch feststellte, die Rücknahme der Taschenmunition bei den aktiven Angehörigen der Armee sei keine sachlich gerechtfertigte Massnahme.

Die politische Linke feiert einen weiteren Etappensieg auf dem Weg zur Abschaffung der Milizarmee.

### EU-FOKUS

#### EU: BLEIBERECHT UND ASYLSHOPPING

Die EU-Kommission will die Situation von Flüchtlingen verbessern. Sie beabsichtigt, ein Bleiberecht zu schaffen. Wer mindestens fünf Jahre legal in einem EU-Land gelebt hat, soll nicht mehr zurückgeschickt werden. 2006 suchten 181 770 Personen Asyl im EU-Raum. Zudem wurde festgestellt, dass in der zentralen Datenbank «Eurodac» des Dubliner Asylsystems 16 Prozent der Asylsuchenden mehrfach registriert waren. Das heisst, jeder sechste Bewerber hatte in der EU mehrere Asylanträge gestellt – das Asylshopping floriert! [Tages-Anzeiger online, 6.6.2007]

*Was versprochen doch 2005 die Schengen-Dublin-Befürworter in der Abstimmungskampagne? Mit Dublin und Eurodac werde der Missbrauch wirksam bekämpft ... Die Realität in der EU zeigt aber ein anderes Bild.*

#### MUSTERSCHÜLER SCHWEIZ AUF KOSTEN DER EIGENEN LEUTE

Für den Käse herrscht ab 1. Juni 2007 zwischen der Schweiz und der EU der freie Käsehandel ohne Zollhürden. Gemäss des landwirtschaftlichen Informationsdienstes (LID) hat jedoch die Agrarbürokratie in Brüs-

sel den Termin verschlafen und es sei nicht klar, wann welche Hürden auf der EU-Seite abgebaut würden. Das heisst de facto, die Exporthürden für den Schweizer Käse bleiben vorläufig. Hingegen habe die Schweiz mit gewohnter Zuverlässigkeit die Importhürden für EU-Käse grösstenteils abgebaut. [Ufa-Revue, Nr. 6/2007]

#### EU-TIERTRANSPORTE

Schweizer Tierschutzorganisationen wollen verhindern, dass die Schweiz ihre Grenzen für EU-Tiertransporte öffnet.

In EU-Lastwagen müssen Tiere bis zu 90 Stunden zusammengepfercht und bei Temperaturen von bis zu 50 Grad aushalten. Europaweit werden jährlich über 3 Millionen Rinder aus Irland, über 10 Millionen Schweine aus Holland und Skandinavien, 3,5 Millionen Schafe und 150 000 Pferd transportiert. Die Transporte führen zu den grossen EU-Schlachthöfen in Südeuropa.

In der Schweiz dürfen Tiere während maximal 6 Stunden transportiert werden. Die Fahrer müssen zudem eine Tiertransport-Ausbildung nachweisen können. [«heute», 26.6.2007]

## STANDORT CH

## «INDUSTRIE: AUSGEBUCHT FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE»

In den ersten drei Monaten 2007 erzielte die Schweizer Industrie 9 Prozent mehr Umsatz als im Vorjahr. Der Auftragsbestand erreicht einen historischen Höchststand. Besonders die Exportindustrie sei auf Jahre ausgebucht. Ein Sprecher der Siemens Schweiz kommentiert: «Unsere Auftragslage ist schlicht sensationell.» Die Schweizer Maschinenindustrie werde dieses Jahr ein starkes Umsatzwachstum erzielen. [CASHdaily, 19.6.2007]

## HOTELBRANCHE BOOMT – OHNE SCHENGEN

Im April 2007 verzeichneten die Hotelbetriebe in der Schweiz 2,57 Millionen Logiernächte. Dies entspricht einer Zunahme von 4,8 Prozent im Vergleich zum April 2006. Dieser Anstieg ist vor allem auf die ausländischen Gäste zurückzuführen (+7,1%). Er betrug 12 Prozent für Besucherinnen und Besucher aus Asien und je 6,6 Prozent für europäische (ohne Schweiz) sowie für amerikanische Gäste. [Bundesamt für Statistik, 8.6.2007]



Exportindustrie: «Auftragslage ist schlicht sensationell» (Photo: Basler Rheinhafen)

2006 erzielte der Schweizer Tourismus mit 34,7 Millionen Übernachtungen das beste Resultat seit zwanzig Jahren.

SCHEIBENWISCHER  
EU-VORSCHRIFTEN

Oskar Freysinger, Nationalrat, Gymnasiallehrer, Autor, Savièse VS



Der Besitzer des Wirtshauses «zum gelben Stern» nahm es ganz genau mit den Brüsseler Vorschriften. Noch bevor diese zwingend zu werden drohten, stellte er sich auf sie um und nahm an seinem Etablissement die nötigen Umbauarbeiten im Toilettenbereich vor. Zuerst wurden die bestehenden Kabinen für männliche und weibliche Benutzer renoviert. Dann ging es an den anspruchsvollen Neubau der zusätzlichen Toiletten. Zuerst jene für die männlichen, dann jene für die weiblichen Behinderten. Dann kamen die Kabinen für die weiblichen und männlichen Raucher hinzu. Doch nun wurde es komplizierter: Zuerst wurden die Kabinen für die behinderten weiblichen und jene für die behinderten männlichen Raucher hinzugebaut. Dann ging es an jene für die lesbischen und jene für die schwulen Kunden. Diesen wurden die Kabinen für die behinderten, aber nicht rauchenden, die behinderten, aber rauchenden lesbischen Benutzer, sowie jene für die behinderten, aber nicht rauchenden und die behinderten, aber rauchenden schwulen Kunden zur Seite gestellt. Zuletzt kamen die Toiletten für die islamischen und jüdischen Benutzer weiblichen und männlichen Geschlechts hinzu. Auch sie durch die Kabinen für die rauchenden, aber nicht behinderten und die rauchenden, aber behinderten weiblichen und männlichen Kunden jüdischen und islamischen Bekenntnisses, sowie durch weitere Klos für die nicht rauchenden, behinderten männlichen und die nicht rauchenden, behinderten weiblichen Kunden der genannten Religionen bereichert. Auf die Kabinen für die lesbischen und

schwulen islamischen oder jüdischen, behinderten oder nicht behinderten Raucher oder Nichtraucher musste jedoch verzichtet werden, da im Wirtshaus «zum gelben Stern» inzwischen gar kein Platz mehr für Gästetische übrig blieb und das Toilettenareal demzufolge zur Nichtbenutzung verurteilt war. Dies musste im Grunde begrüsst werden, denn wer weiss, wie viele Kunden sonst auf der Suche nach der richtigen Tür verzweifelt und völlig vorschriftswidrig gehandelt und ihrem Befreiungsdrang in der nächst besten Kabine freien Lauf gelassen hätten.

Als nach dem voraussehbaren Konkurs des gesetzeskonform umgebauten Wirtshauses die Toiletten wieder demontiert werden mussten, entdeckte man in der Kabine für die islamischen, behinderten, nicht rauchenden männlichen Kunden das Skelett des vermissten Bauherrn. Er war zwar weder Moslem, noch behindert, noch Raucher, hatte aber aus Verzweiflung über den nicht erreichten Umsatz den grässlichen Tod durch Selbstverirrung im EU-kompatiblen Toilettenlabyrinth gewählt.

Seine Reste wurden nicht hinuntergespült, sondern sittengemäss in einem Friedhof beigesetzt. Und zwar im Bereich für christlich-katholische, männliche, nicht rauchende, nicht behinderte und ein Schengenvisum besitzende Verschiedene. Aber die Geschichte kennen wir ja schon.

Ach, und noch etwas: Eine der Kabinen wurde ihm als Wahr- und Warnzeichen aufs Grab gestellt.